

Anlage 3: Vortragsfolien zur Präsentation "Landesverwaltung Hessen 2000 - Hochschulen" von Herrn Dr. Wüstemann, Hessisches Ministerium für Wissenschaft und Kunst

Dr. Gerd Wüstemann
Gesamtprojektleiter „Hochschul-Programmhaushalt“
Hessisches Ministerium für Wissenschaft und Kunst
Tel. 0611-32 3328 - Fax -32 3535
email: G.Wuestemann@hmk.hessen.de



LANDESVERWALTUNG HESSEN 2000

Hochschulen

**Externe universitäre Rechnungslegung -
Erfahrungen und Diskussionsstand in Hessen**
Arbeitskreis Hochschulrechnungswesen 2001
03.08.2001 in München

Gliederung



1

**Neue Hochschulsteuerung in Hessen:
Ziele und Adressaten der externen Rechnungslegung**

2

**Bisheriges Vorgehen:
Konzept- und Rechtsgrundlagen, getroffene Maßnahmen**

3

**Weiteres Vorgehen:
Zukünftige Entwicklungsschwerpunkte**

Gliederung



1

**Neue Hochschulsteuerung in Hessen:
Ziele und Adressaten der externen Rechnungslegung**

2

**Bisheriges Vorgehen:
Konzept- und Rechtsgrundlagen, getroffene Maßnahmen**

3

**Weiteres Vorgehen:
Zukünftige Entwicklungsschwerpunkte**

Ziele der Haushaltsreform

- Neue Steuerung ist notwendig, aber nicht hinreichend -



☐ Kabinettsbeschlüsse vom Januar 1995 und März 1996

- ▣ Verbesserung der Wirtschaftlichkeit
- ▣ Stärkung der Kundenorientierung

☐ Projektziele (Kabinettsbeschluss vom 14. Juli 1998)

- ▣ Stärkung des parlamentarischen Budgetrechts
- ▣ Verbesserung der politischen Steuerungsfähigkeit der Landesregierung
- ▣ Vereinheitlichung und Modernisierung des DV-Einsatzes
- ▣ Aufbau interner Steuerungspotentiale der Verwaltung
- ▣ Aufgabenkritik mit rationalen Daten
 - ▣ prozessbegleitende Struktur- und Zweckkritik

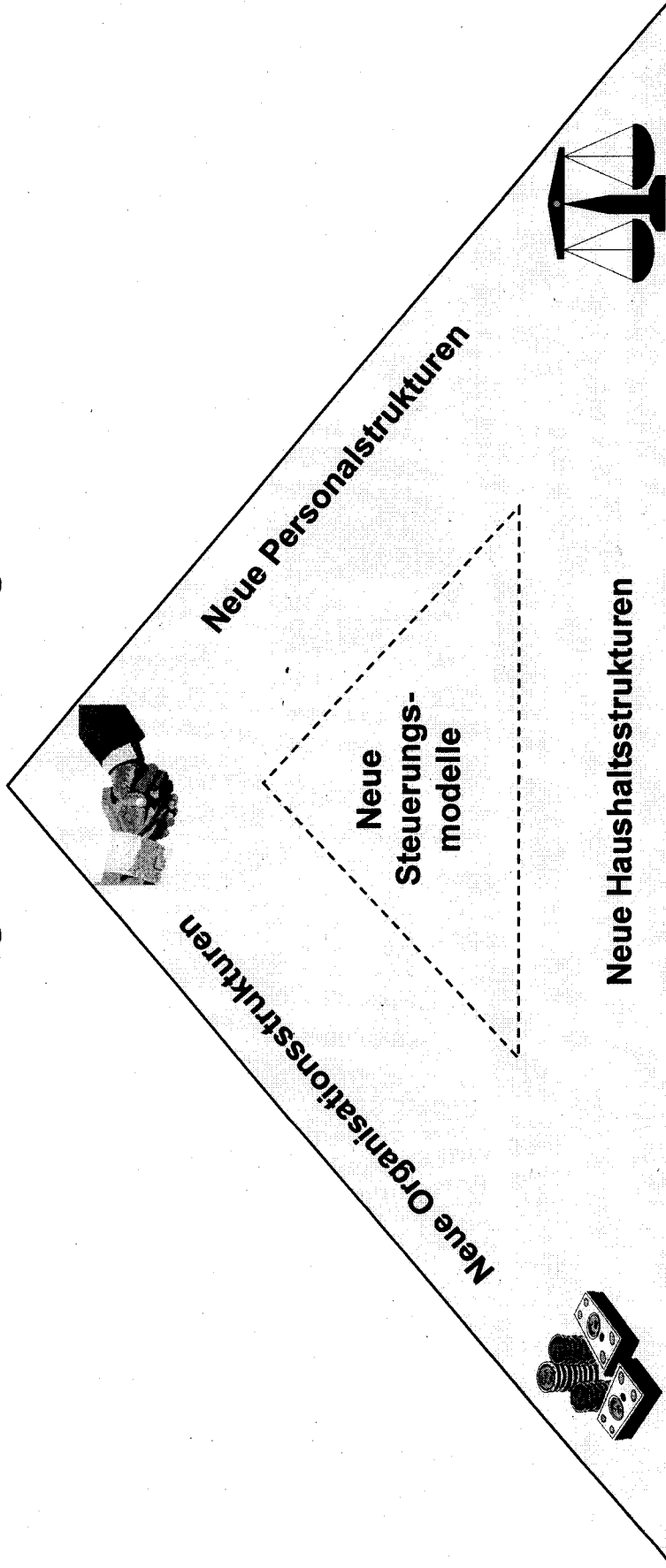
☐ Flächendeckende Umsetzung (Kabinettsbefassung vom 22. Juni 1999)

☐ Haushaltspolitische Zielsetzung

- ▣ kurzfristig: Haushaltskonsolidierung
- ▣ mittelfristig: nachhaltige Finanzpolitik

**"Jede Generation finanziert
ihren Konsum selbst."**

Das magische Dreieck der Verwaltungs- und Haushaltsreform



**umfassende
Budgetierung**

**Doppisches
Rechnungswesen**

*Leistungen, Wirkungen und Ressourcenverbrauch setzen sich international
als Maßstäbe der öffentlichen Wirtschaft durch: In Hessen §§ 7a LHO, 91ff HHG*

© arf GmbH/HM dF 1997

Steuerungsaufgaben der Verfassungsorgane als Adressaten des externen Rechnungswesens



☐ Landtag: Transformation des Bürgerwillens (parl. Budgetrecht)

- ☐ Haushaltsgesetz und Haushaltskontrolle
- ☐ Gesetzgebung
- ☐ Politische Kontrolle der Landesregierung

☐ Ministerpräsident: Leitlinien der Politik der Landesregierung mit ressortübergreifendem strategischem Controlling

- ☐ mittelfristige Entwicklungsplanung: Abstimmung politisch-strategischer Programmziele
- ☐ politische Richtlinienkompetenz als Basis des strategischen Controllings
- ☐ politischer Rechenschaftsbericht zum Haushaltsabschluß

☐ Haushaltsminister: Haushaltspolitik und Finanzmanagement der

Landesregierung mit ressortübergreifendem operativem Controlling

- ☐ mittelfristige Finanzplanung: Abstimmung politisch-strategischer Finanzziele
- ☐ Haushaltsplanung und -rechnung
- ☐ Finanzmanagement: Haushaltsausgleich und Optimierung des Finanzergebnisses

☐ Ressortminister: Politisch-strategische Steuerung der Programme und

Mandanten sowie ressortinternes Finanzmanagement

- ☐ Ressort- und Mandantenplanung; Feststellung der Mandantenabschlüsse (Ergebnisverwendung)
- ☐ Steuerung der politisch-strategischen Sach- und Finanzziele
- ☐ ressortinterner Haushaltsausgleich

Die Informationswünsche der Adressaten bestimmen die Rechnungszwecke



☐ Planungsfunktion des Rechnungswesens

- ▣ aussagekräftige Daten für Haushaltsplanung
 - ▣ Daten über Leistungen, Ressourcenverbrauch und Vermögen fehlen bisher

☐ Informationsfunktion des Rechnungswesens

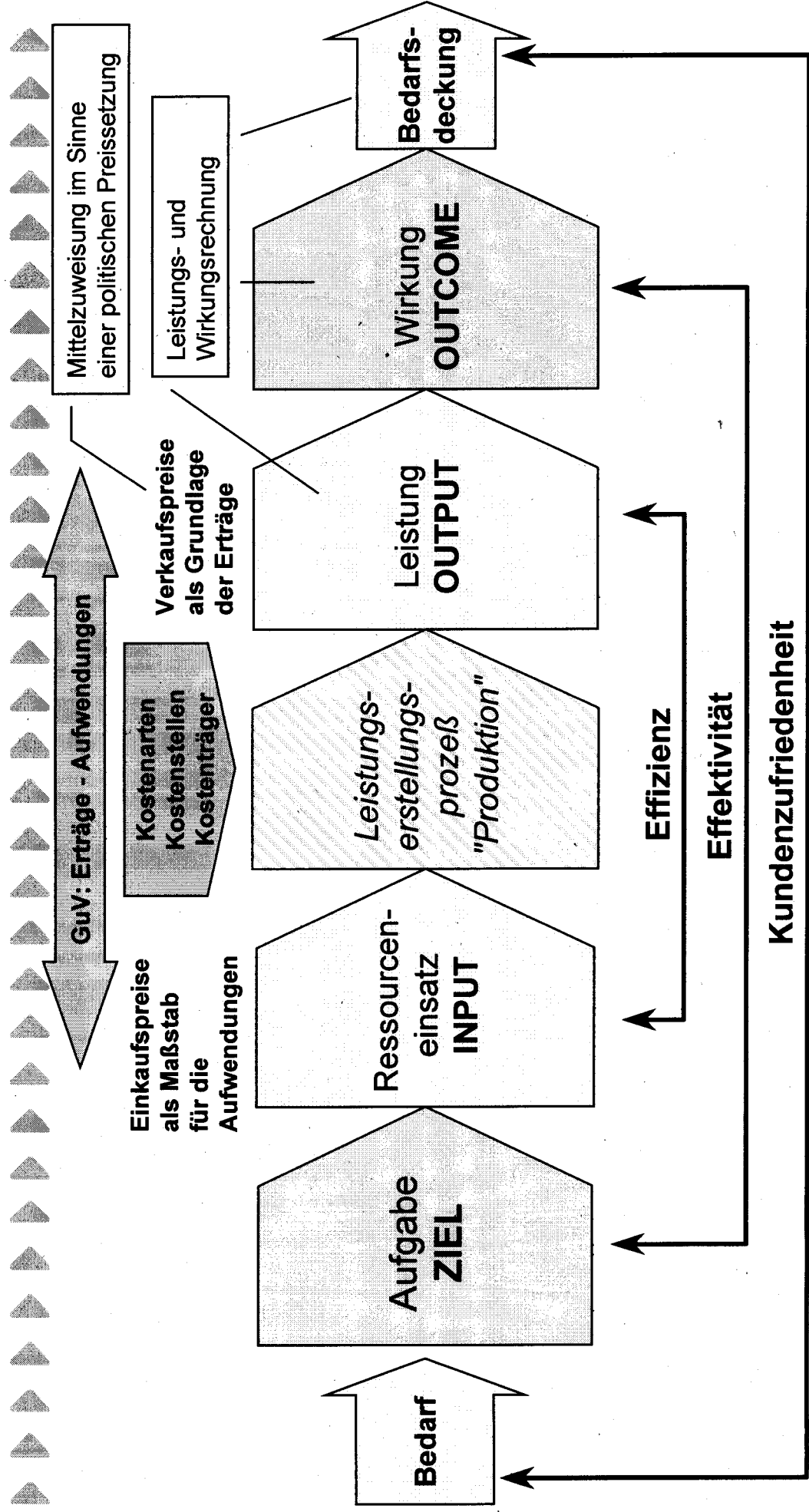
- ▣ aussagekräftige Daten für die Haushaltsrechnung
 - ▣ Vermögens-, Finanz- und Ertragslage
- ▣ zusätzliche Informationen über die leistungswirtschaftlichen Ergebnisse
 - ▣ Mengen, Qualitäten, Wirkungen
- ▣ aussagekräftige Daten über die Wirtschaftlichkeit
 - ▣ Rechnungsziel in Privatwirtschaft ist der Gewinn
 - ▣ Deckung des Ressourcenverbrauchs entspricht dem Ziel nachhaltigen Wirtschaftens in Art. 109, 110, 115 GG (Finanzergebnis reicht nicht aus!)
 - ▣ Operationalisierung einheitlicher Erfolgsmaßstäbe für öffentliche Einrichtungen in einer Landesverwaltung durch leistungsorientierte Mittelzuweisung

☐ Kontrollfunktion des Rechnungswesens

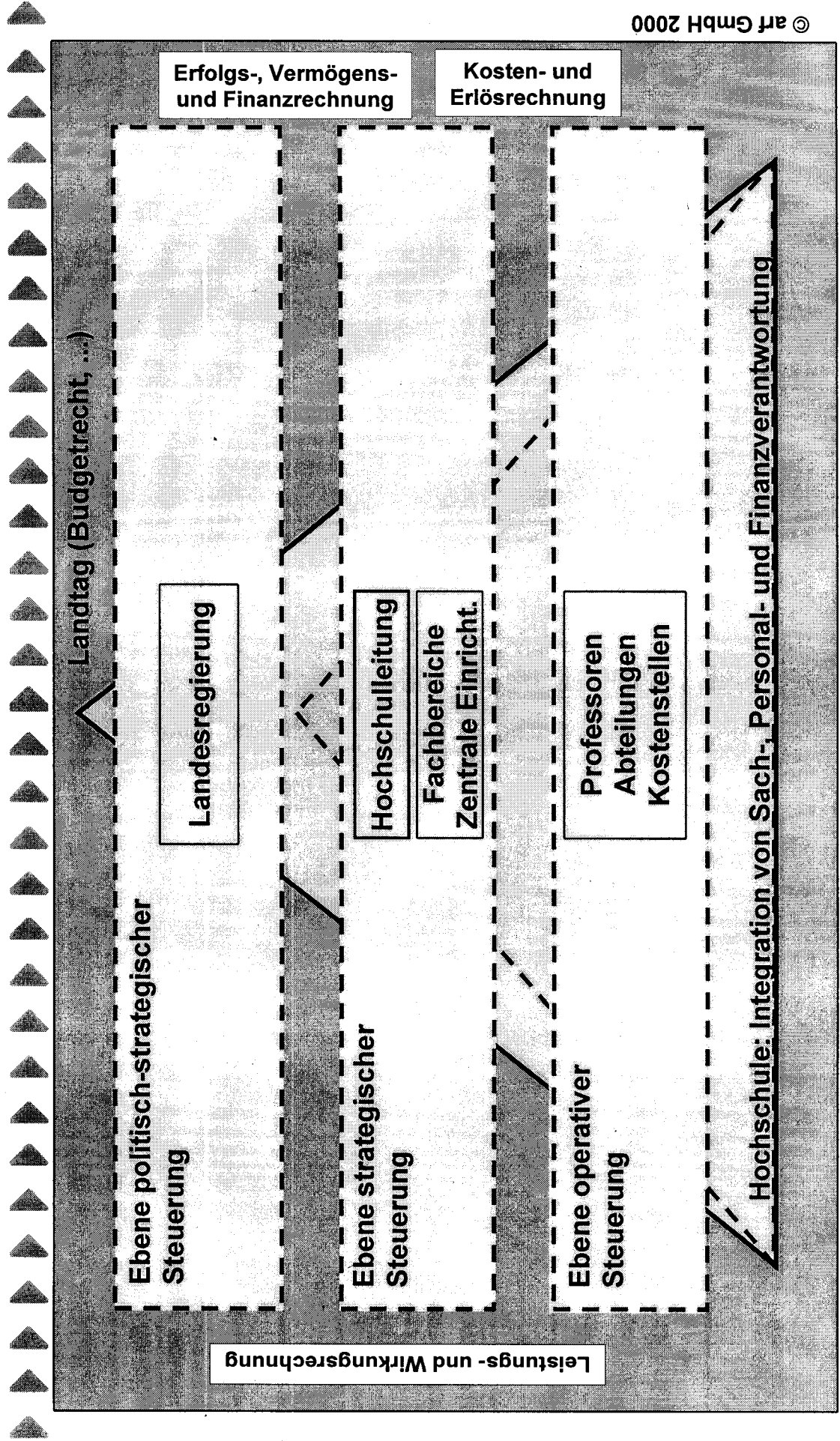
- ▣ rechtzeitige Ermittlung von unterjährigen Planabweichungen
- ▣ Rechtmässigkeitskontrolle der Grundrechnung/en und des Wirtschaftens

Wirtschaftlichkeitskriterien und Rechnungsziele

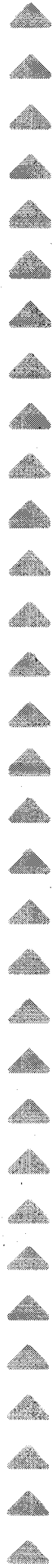
Die Ergebnissteuerung öffentlicher Organisationen ist komplexer als in der Privatwirtschaft



Die Neue Hochschulsteuerung: Strukturen, Funktionen und Beteiligte



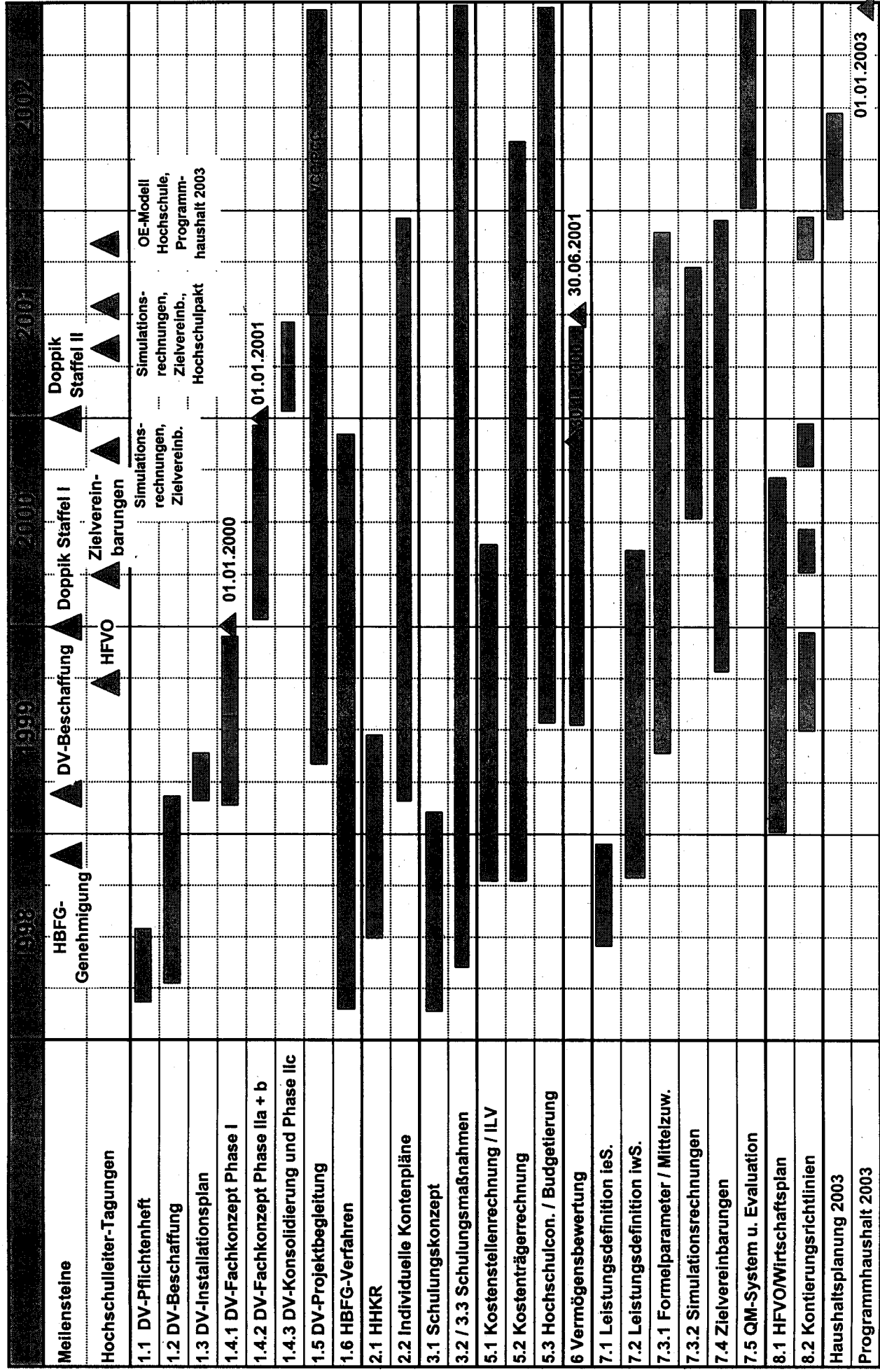
Gliederung



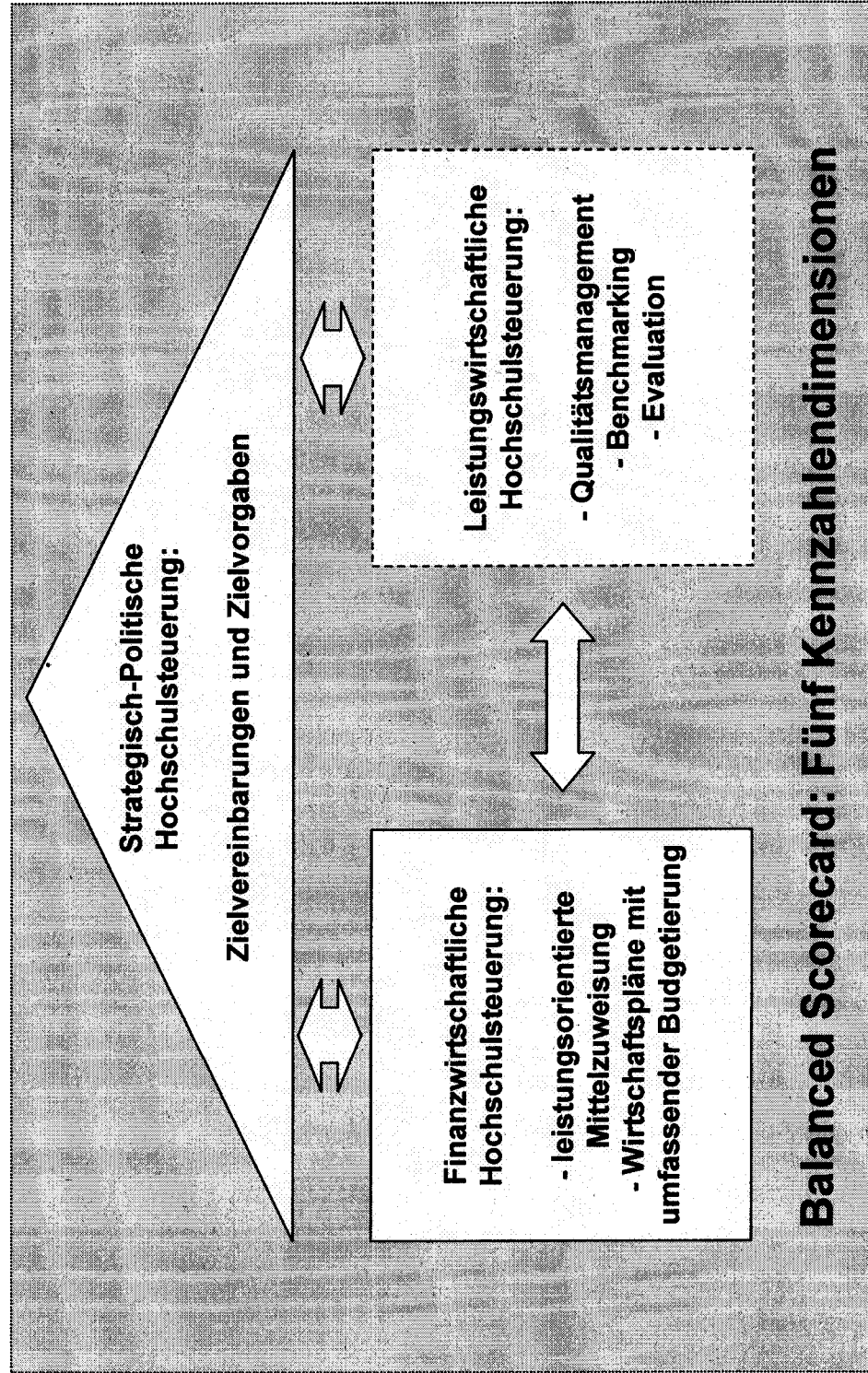
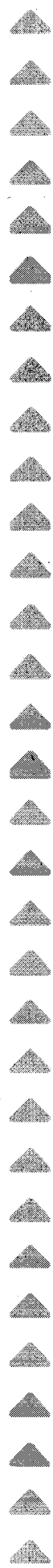
1	Neue Hochschulsteuerung in Hessen: Ziele und Adressaten der externen Rechnungslegung
2	Bisheriges Vorgehen: Konzept- und Rechtsgrundlagen, getroffene Maßnahmen
3	Weiteres Vorgehen: Zukünftige Entwicklungsschwerpunkte

Projektplan Hochschul-Programmhaushalt 1998 - 2003 Gesamtprojekt

Landesverwaltung Hessen 2000

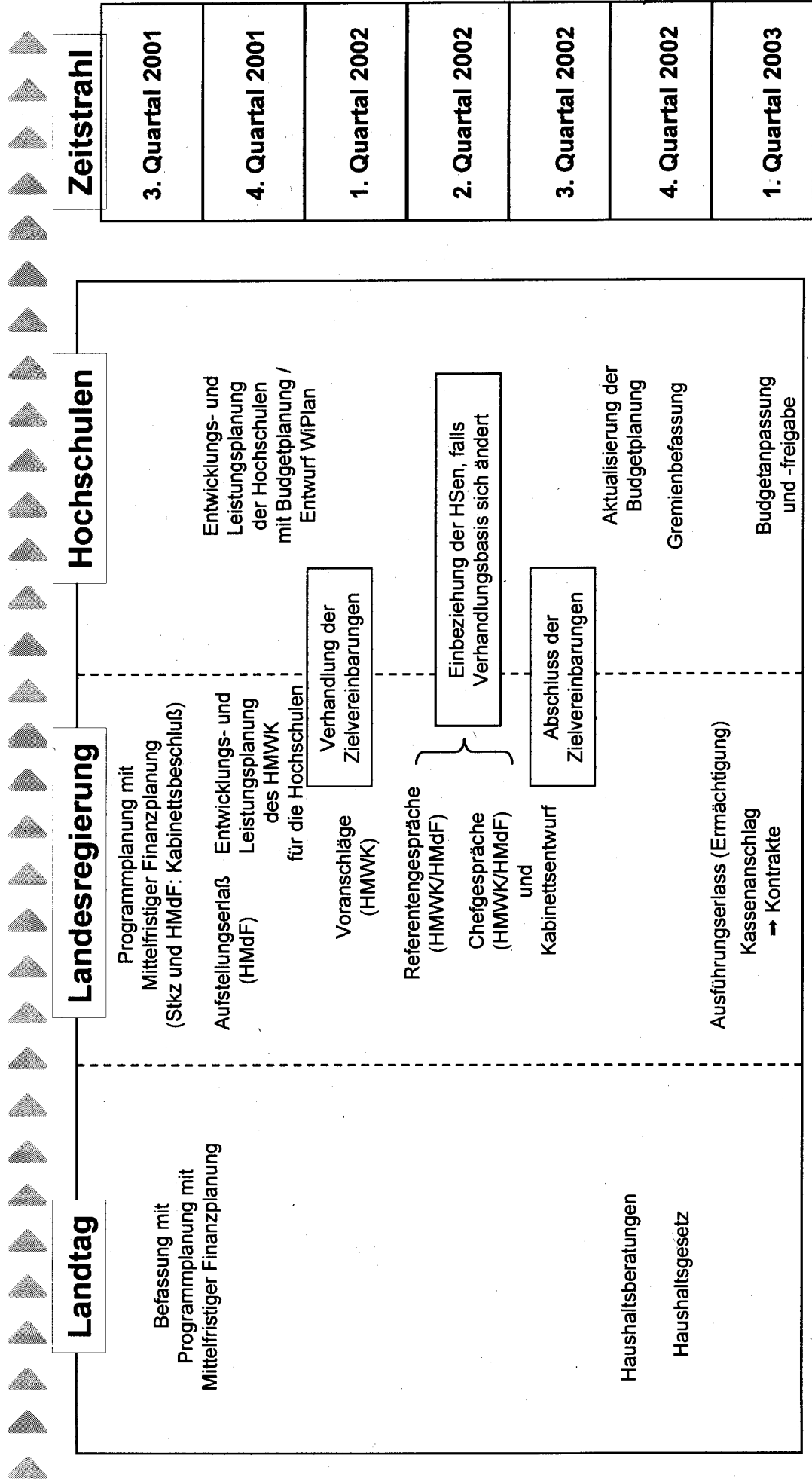


Die Neue Hochschulsteuerung: Das Gesamtkonzept der ergebnisorientierten Steuerungselemente

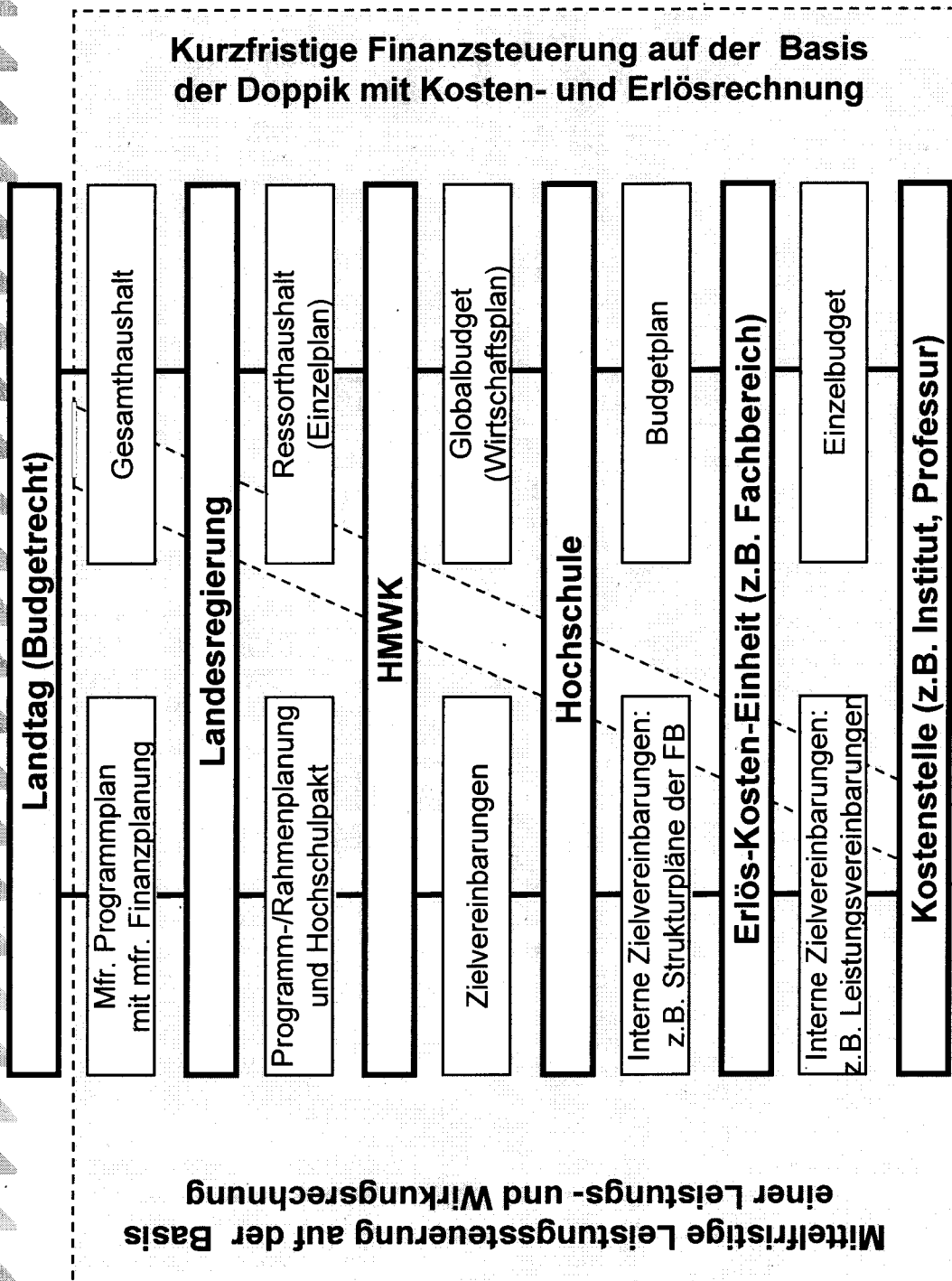
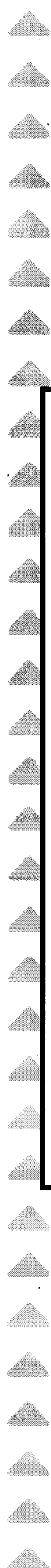


Haushaltsprozess (am Beispiel HH 2003):

1. Haushaltsaufstellung



Zielvereinbarungen sollen auf allen Steuerungsebenen ergebnisorientierte Sach- und Finanzziele vorgeben



Zielvereinbarungen im Neuen

Steuerungssystem: Zielsetzung und Funktionen



- ☐ Präzisierung gemeinsamer Ziele von HMWK und Hochschulen (Individualisierung Programm-/Rahmenplanung), dadurch Stärkung der Selbststeuerung der Hochschulen und Rückzug des Landes aus der Detailsteuerung
- ☐ Umsetzung der politisch-strategischen Zielsetzungen des Landes und der Hochschulen in einem konsensualen Verfahren zur Begründung, Legitimation und Ergänzung des Haushaltsverfahrens
- ☐ Planungssicherheit für Hochschulen durch mehrjährige Planung und Festlegung der Leistungen von Land und Hochschulen
- ☐ Profilbildung von Hochschulen in Abstimmung mit dem Land durch gemeinsame Vereinbarung politisch-strategischer Zielsetzungen
- ☐ Begründung, Legitimation und Motivation für Maßnahmen der hochschulinternen Umsetzung der politisch-strategischen Zielsetzung

Gliederungsschema für Zielvereinbarungen der ersten Generation mit hessischen Hochschulen



Präambel

☞ Bezug zum Leitbild der Hochschule

- 1. Schwerpunkte der Hochschulentwicklung**
- 2. Qualitätsmanagement und Evaluierung**
- 3. Hochschulbau und Großinvestitionen**
- 4. Finanzierungsvereinbarungen**
- 5. Rahmenbedingungen**
- 6. Grundlagen und Eckdaten zur Hochschulentwicklung und
Leistungserstellung**

Anhang: Wesentliche Strukturdaten

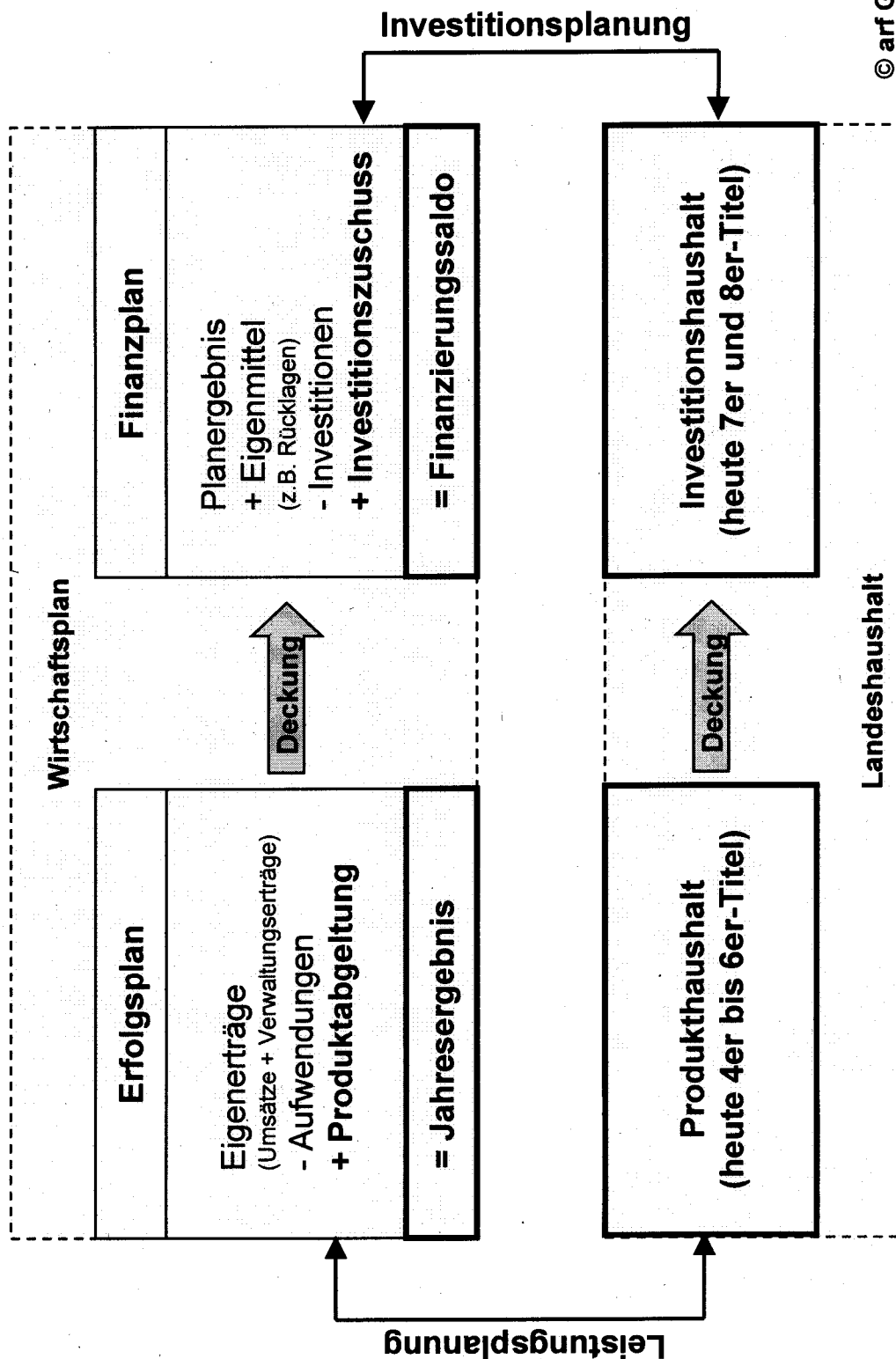
Grundprinzipien/Kernpunkte der hessischen Doppik-Konzeption



- ☐ Festlegung von Leistungszwecken im Haushalt: monetäre Bewertung durch leistungsorientierte Mittelzuweisung (Produkthaushalt)
- ☐ Das daraus ermittelte Globalbudget der Hochschule enthält auch Abschreibungen
- ☐ Daher ist eine spezielle Buchungstechnik für Investitionen und ein entsprechender Ausweis in der Erfolgs-, bzw. Vermögensrechnung notwendig
 - ☞ Investitionszuschüsse seitens des Landes und HBFG werden als kreditorischer Vorgang gebucht und somit erfolgsneutral als Verbindlichkeit in der Bilanz ausgewiesen (Investitionshaushalt).
 - ☞ Erfolgswirksam wird die jährliche Abschreibung im Aufwand gebucht.
 - ☞ Die Verbindlichkeiten sind in Höhe der Abschreibungen zurückzuzahlen.
 - ☞ eigenfinanzierte Investitionen werden wie bei Privatbetrieben behandelt

Umfassende Budgetierung: Struktur der Wirtschaftspläne

und Integration in den Landeshaushalt



Umfassende Budgetierung

- Externes Globalbudget und interne Budgetdelegation -



Externes Globalbudget (Staat/Hochschule)

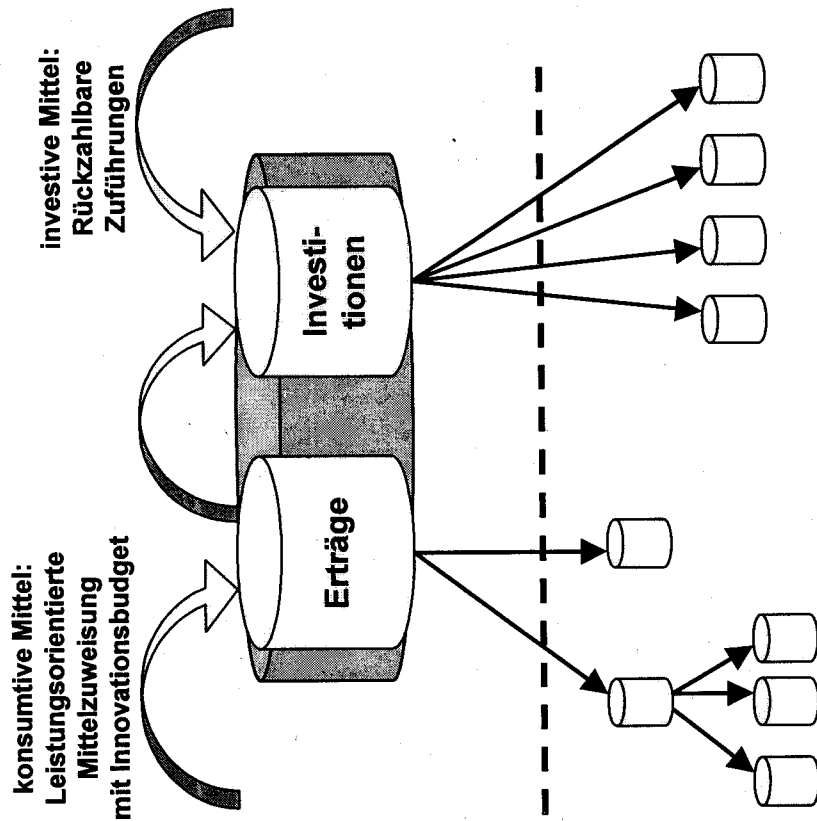
- ☛ Investitionsbudget
 - ☛ Ausgabenbudget als Rückzahlbare Zuführung
- ☛ Budget für laufende Aufwendungen
 - ☛ Ertragsbudget über Leistungsorientierte Mittelzuweisung mit Innovationsbudget
- ☛ Rechnungslegung (Budgetkontrolle) durch Jahresabschluss
 - ☛ Erfolgs-, Vermögens- und Finanzrechnung

Wirtschaftsplan

Interne Budgetdelegation

- ☛ Investitionsausgaben
- ☛ Budgetsaldo aus Kosten (aufwandsnah) und Erlösen (ertragsnah)
- ☛ Budgetkontrolle durch Kosten- und Erlösrechnung

Budgetplan



Grundprinzipien der leistungsorientierten Mittelzuweisung



- ☐ Kostenorientierte Ermittlung des Grundbudgets auf Basis einer Zuschlagskalkulation (Kostennormwert) und Überprüfung selbiger anhand Kostenrechnung und empirisch-statistischer Vergleichswerte
- ☐ Monetarisierung von Hochschuleleistungen
 - ☛ kostenorientierte Abbildung von Lehre und Forschung im Grundbudget durch einen einzigen Parameter in Abhängigkeit von der Lehnachfrage (Verwendung CNW-Wert: Mittleres Deputat)
 - ☛ Erfolgsbudget folgt einem Prämienansatz (Umverteilung zwischen den Hochschulen von unter- zu überdurchschnittlichen Hochschulen)
- ☐ Vereinbarung von allgemeinen und speziellen Ausgleichsmechanismen über Zielvereinbarungen, um temporäre oder politisch tolerierte Budgetschwankungen auszugleichen
- ☐ großzügige Übergangsregelungen

Leistungsorientierte Mittelzuweisung: Modellvarianten (nach Eingabeparameter für Modell 3)

	Clusterge- wichtung	MWK Alternative 1a	MWK Alternative 1b	KHU Alternative 2	Alternative 3
A. Grundbudget für Forschung und Lehre (Preiskalkulation)		ca. 70 %	ca. 80 %	70 %	70 %
• Planzahl Studierende in der Regelstudienzeit	Ja	70%	80%	0%	35%
• Lehr- und Forschungseinheiten	Ja	0%	0%	70%	35%
B. Erfolgsbudget (Prämienanteil)		25 %	15 %	25 %	25 %
• Drittmittelvolumen	Nein	10 %	6%	10 %	10 %
DFG: Faktor 4					
Sonstige: Faktor 2					
Private: Faktor 1					
• Graduiertenkollegs	Nein	0,5 %	0,3%	0,5 %	0,5 %
• Sonderforschungsbereiche	Nein	0,5 %	0,3%	0,5 %	0,5 %
• Promotionen + Habilitationen	Nein	5 %	3%	5 %	5 %
Faktor Medizin: 0,25					
Faktor Frauen: 2,0 (bei Ingenieur- und Naturwiss.)					
• Bildungsausländer in der Regelstudienzeit	Nein	1 %	0,6%	1 %	1 %
• Absolventen in der Regelstudienzeit + 2 Semester	Ja	4 %	2,4%	4 %	4 %
• Absolventen	Ja	4 %	2,4%	4 %	4 %
C. Innovationsbudget		5 %	5 %	5 %	5 %

Wesentliche konzeptionelle Grundlagen und Ergebnisse der bisherigen Projektarbeit werden normiert und mit allen Hochschulen abgestimmt



☐ normierte und abgestimmte Grundlagen (Phase I)

- ☐ Hochschulfinanzverordnung (HFVO)
- ☐ (Hessischer) Hochschulkontenrahmen (HKR)
- ☐ Kontierungshandbuch zum HKR
- ☐ Grundkonzept zu Zielvereinbarungen

☐ Grundlagen in Arbeit (Phase II)

- ☐ 1. Generation von Zielvereinbarungen und Hochschulpakt
- ☐ Leistungsorientierte Mittelzuweisung mit Grund-, Erfolgs- und Innovationsbudget

☐ bevorstehende Schritte (Phase III)

- ☐ Konzept zum Integrierten Hochschulcontrolling und Controllingleitfaden
- ☐ Instrumente der leistungswirtschaftlichen Hochschulsteuerung

Jahresabschluss/Berichtswesen Vorgaben und Inhalte laut HFVO



☐ § 7 i. Vb. mit § 4 HFVO: Jahresabschluss

- ☒ Vermögensrechnung (Bilanz)
- ☒ Erfolgsrechnung (GuV)
- ☒ Lagebericht
- ☒ Soll/Ist-Vergleich von Erfolgsplan, Finanzplan, Leistungsplan
(Gliederungen werden vom HMWK vorgegeben (§ 5 (1)))
- ☒ geprüfter Jahresabschluss bis zum 31. August des Folgejahres (§ 8 (2))

☐ § 10 (2): unterjähriges externes Berichtswesen

- ☒ vierteljährliche Erfolgsrechnung mit Leistungskennzahlen
- ☒ halbjährlicher Soll/Ist-Vergleich und Prognose zum 31.12. von Erfolgsplan, Finanzplan, Leistungsplan

☐ § 10 (1): Einrichtung eines internen regelmäßigen Berichtswesens (ohne detaillierte Vorgaben des HMWK)

- ☒ ggf. externe Berichtspflicht bei Gefährdung des Vollzugs des Wirtschaftsplans

Überblick Externes Berichtswesen Jahresabschluss



☐ doppeltes Rechnungswesen ☐ Wirtschaftsplan

☒ Gewinn- und Verlustrechnung	☒ Erfolgsplan	Erfolgsrechnung
☒ Cash Flow	☒ Finanzplan	Finanzrechnung
☒ Bilanz		Vermögensrechnung
	☒ Leistungsplan	Leistungsrechnung

- ☒ Der Lagebericht soll einen finanzwirtschaftlichen Fokus verfolgen und im Rahmen des Jahresabschluss die Ertrags-, Finanz- und Vermögenslage der Hochschule erläutern
- ☒ Der Geschäftsbericht soll die leistungswirtschaftliche Dimension betonen und in allgemein nachvollziehbarer, prägnanter Form die Hochschulentwicklung und künftigen Entwicklungsschwerpunkte sowie die Hochschulfinanzierung beschreiben

Landes- und Eigenvermögen

- wirtschaftliches und juristisches Eigentum an Vermögensgegenständen -



wirt. Eigentum (-)	wirtschaftliches Eigentum (+)		
keine Bilanzierung	juristisches Eigentum der Hochschule	juristisches Eigentum des Landes	juristisches Eigentum Dritter
	Bilanzierung mit Kennung <u>Eigenvermögen</u>	Bilanzierung mit Kennung <u>Landesvermögen</u>	Bilanzierung mit ind. Kennung <u>Vermögen Dritter</u>

Bewertungs- und Erfassungsregeln für Eröffnungsbilanz



☐ Anlagevermögen

- ☒ GWG werden nicht erfasst
- ☒ ab 1.01.1995 beschaffte Vermögensgegenstände mit hist. AHK, korrigiert um seitherige AfA
- ☒ vor dem 1.01.1995 beschaffte Vermögensgegenstände nur bei hist. AHK über 100 TDM
- ☒ selbsterstellte Vermögensgegenstände
 - ▀ ab 1.01.1995 erstellte Vermögensgegenstände mit hist. Materialkosten über 5 TDM mit einem pauschalen 100%-Zuschlag für Eigenleistung, korrigiert um seitherige AfA
 - ▀ vor dem 1.01.1995 erstellte Vermögensgegenstände nur bei hist. Materialkosten über 50 TDM mit einem pauschalen 100%-Zuschlag für Eigenleistung mit AfA-Korrektur

☐ Vorräte

- ☒ erfasst werden nur größere Lagerbestände

☐ Forderungen und Verbindlichkeiten

- ☒ grundsätzlich keine Sonderregeln
 - ▀ Lehraufträge werden linear abgegrenzt
 - ▀ Anzahlungen werden behandelt wie bei Uniklinika

☐ kameraler Übergang wird normal abgegrenzt

Die externen Berichtsansforderungen gehen über den Jahresabschluss mit Geschäftsbericht hinaus



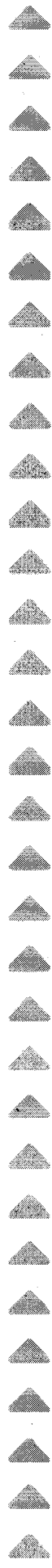
- ☐ Die Produkt-/Leistungssicht wird über Kostenträger und die zu entwickelnde Leistungs- und Wirkungsrechnung abgedeckt.
- ☐ Die Organisationssicht wird nicht allein über GuV/Erfolgsrechnung der gesamten Hochschule abgedeckt.
 - ☞ Sie soll um eine 'Betriebszweigergebnisrechnung' der Fachbereiche und wichtiger zentraler Einrichtungen ergänzt werden.
- ☐ Als Berichtszeitpunkt kommt das 2., 3. und 4. Quartal in Betracht.
 - ☞ Berichte zu Erfolgs- und Finanzplan
 - ☞ Berichte zum Leistungsplan
 - ☞ Berichte zur 'Betriebszweigergebnisrechnung'

Eckpunkte und Kernfragen: Verwendung des Jahresergebnisses



- ☐ Ressort stellt den geprüften Jahresabschluß fest und entscheidet auf Vorschlag des Mandanten über die Verwendung des Jahresergebnisses
- ☐ Abweichung vom Vorschlag nur für Zwecke des Haushaltsausgleichs innerhalb des Ressorthaushalts
- ☐ Jahresüberschuß
 - ☞ zuerst Ausschüttung der vom Landtag festgesetzten Erfolgsbeteiligung und
 - ☞ Reduzierung eines Verlustvortrags,
 - ☞ danach Gewinnausschüttung oder Rücklagenbildung
- ☐ Erfolgsbeteiligung ist im vorhinein (im Haushaltsgesetz) festzulegen
- ☐ festgestellter Jahresabschluß und Prüfbericht werden dem Rechnungshof zugeleitet

Gliederung



1

**Neue Hochschulsteuerung in Hessen:
Ziele und Adressaten der externen Rechnungslegung**

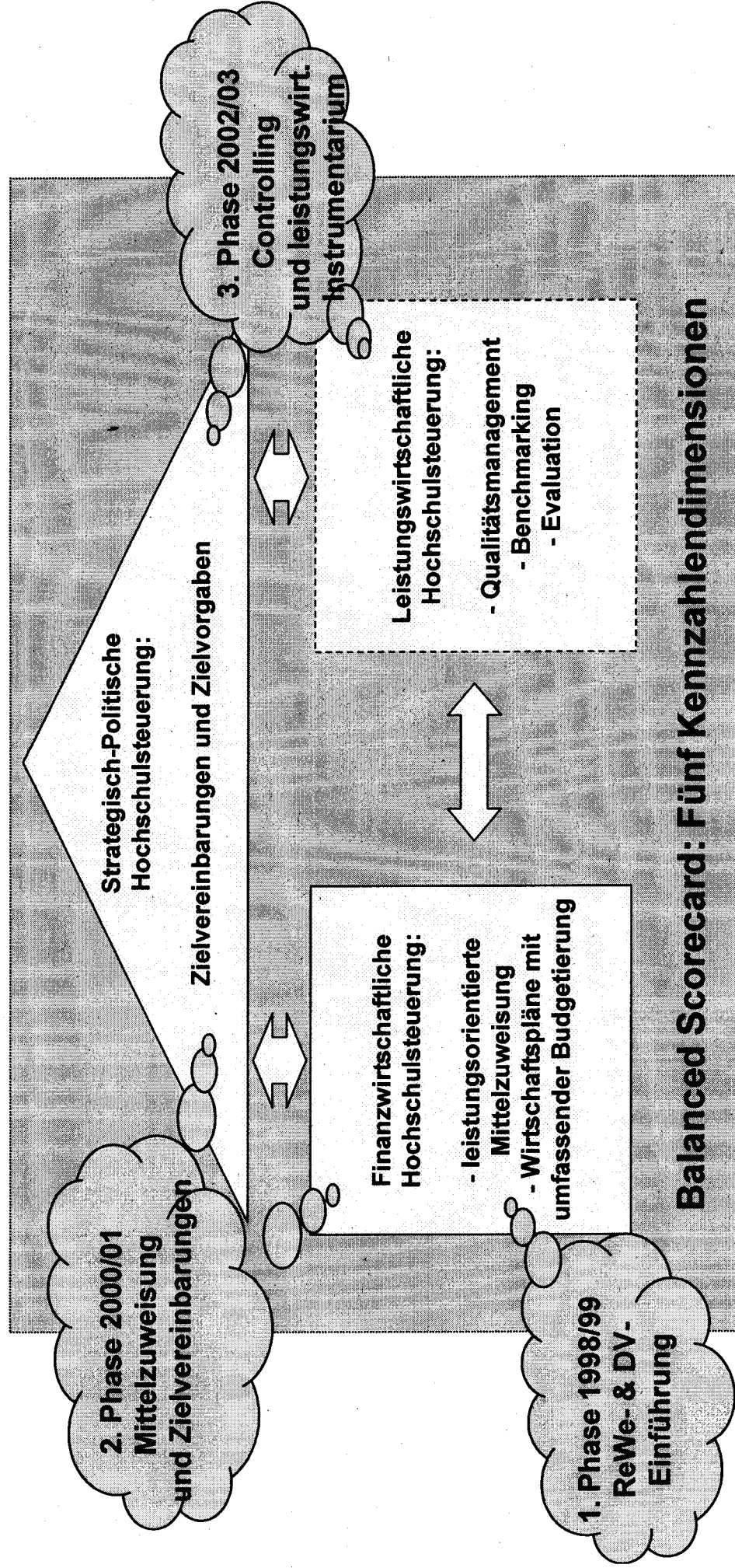
2

**Bisheriges Vorgehen:
Konzept- und Rechtsgrundlagen, getroffene Maßnahmen**

3

**Weiteres Vorgehen:
Zukünftige Entwicklungsschwerpunkte**

Die Neuen Hochschulsteuerung: Phasen der Zusammenführung aller Steuerungselemente



Arbeitsschwerpunkte in der dritten Projektphase



☐ Entwicklung und Abstimmung eines integrierten Hochschulcontrollings

- ☞ Abstimmung eines Controllingleitfadens zur Dokumentation der Ziele und Anforderungen sowie zum Instrumenteneinsatz
- ☞ Weiterentwicklung der externen und internen Budgetierung
- ☞ Weiterentwicklung des externen und internen Berichtswesens
- ☞ Nutzung, Analyse und Weiterentwicklung der Berichtsinhalte
- ☞ Entwicklung eines finanzwirtschaftlichen Kennzahlensystems
- ☞ Integration der leistungswirtschaftlichen Ziele und Berichte
- ☞ Entwicklung eines leistungswirtschaftlichen Kennzahlensystems

☐ Aus- und Aufbau der leistungswirtschaftlichen Instrumente

- ☞ Erfassung und Aufbereitung der leistungswirtschaftlichen Daten
- ☞ Abstimmung eines wirtschaftlichen Evaluationssystems
- ☞ Unterstützung der Hochschulen bei Leistungsvergleichen
- ☞ Unterstützung der Hochschulen beim Aufbau eines umfassenden Qualitätsmanagements

VERMÖGENSRECHNUNG

Aktivseite

A. Anlagevermögen

I. Immaterielle Vermögensgegenstände

1. Konzessionen, gewerbliche Schutzrechte und ähnliche Rechte und Werte sowie Lizenzen an solchen Rechten und Werten
2. Geschäfts- oder Firmenwert
3. geleistete Anzahlungen

II. Sachanlagen

1. Grundstücke, grundstücksgleiche Rechte und Bauten einschließlich der Bauten auf fremden Grundstücken
2. Sachanlagen im Gemeingebrauch, Infrastrukturvermögen
3. Anlagen und Maschinen zur Leistungserstellung
4. andere Anlagen, Betriebs- und Geschäftsausstattung
5. geleistete Anzahlungen und Anlagen im Bau

III. Finanzanlagen

1. Anteile an verbundenen Unternehmen
2. Ausleihungen an verbundene Unternehmen
3. Beteiligungen
4. Ausleihungen an Unternehmen, mit denen ein Beteiligungsverhältnis besteht
5. Wertpapiere des Anlagevermögens
6. sonstige Ausleihungen (sonstige Finanzanlagen)

B. Umlaufvermögen

I. Vorräte

1. Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe
2. unfertige Erzeugnisse, unfertige Leistungen
3. fertige Erzeugnisse, fertige Leistungen, Waren
4. geleistete Anzahlungen

II. Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände

1. Forderungen aus Lieferungen und Leistungen
2. Forderungen gegen verbundene Unternehmen, davon Pensionsforderungen gegen das Land Hessen
3. Forderungen gegen Unternehmen, mit denen ein Beteiligungsverhältnis besteht
4. sonstige Vermögensgegenstände

5. Forderungen aus Transferleistungen

5.1 Forderungen gegen den Bund,
davon für Investitionsvorhaben

5.2 Forderungen gegen das Land Hessen,
davon für Investitionsvorhaben

5.3 Forderungen gegen andere Länder,
davon für Investitionsvorhaben

5.4 Forderungen gegen EU und andere öffentliche Einrichtungen,
davon für Investitionsvorhaben

5.5 Forderungen gegen andere,
davon für Investitionsvorhaben

III. Wertpapiere

1. Anteile an verbundenen Unternehmen

2. sonstige Wertpapiere

IV. Schecks, Kassenbestand, Guthaben bei Kreditinstituten, bei der Staatshauptkasse
und bei der Landeszentralbank,
davon bei der Staatshauptkasse

C. Rechnungsabgrenzungsposten

Passivseite

A. Eigenkapital

- I. Nettoposition
- II. Gewinnrücklagen
- III. Gewinnvortrag/Verlustvortrag
- IV. Jahresüberschuß/Jahresfehlbetrag

B. Sonderposten

1. Sonderposten mit Rücklagenanteil
2. Sonderposten aus rückzahlbaren Zuführungen
3. Sonderposten aus nicht rückzahlbaren Zuführungen.

C. Rückstellungen

1. Rückstellungen für Pensionen und ähnliche Verpflichtungen
2. Steuerrückstellungen
3. sonstige Rückstellungen.

D. Verbindlichkeiten

1. Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten
2. erhaltene Anzahlungen auf Bestellungen und Leistungen
3. Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen
4. Verbindlichkeiten gegenüber verbundenen Unternehmen,
davon Betriebsmittelvorschüsse der Staatshauptkasse
5. Verbindlichkeiten gegenüber Unternehmen, mit denen ein Beteiligungsverhältnis besteht
6. sonstige Verbindlichkeiten,
davon aus Steuern
davon im Rahmen der sozialen Sicherheit
7. Verbindlichkeiten aus Transferleistungen
 - 7.1 Verbindlichkeiten gegenüber dem Bund,
davon aus Investitionsvorhaben
 - 7.2 Verbindlichkeiten gegenüber dem Land Hessen,
davon aus Investitionsvorhaben
 - 7.3 Verbindlichkeiten gegenüber anderen Ländern,
davon aus Investitionsvorhaben
 - 7.4 Verbindlichkeiten gegenüber EU und anderen öffentlichen Einrichtungen,
davon aus Investitionsvorhaben
 - 7.5 Verbindlichkeiten gegenüber anderen,
davon aus Investitionsvorhaben

E. Rechnungsabgrenzungsposten

ERGEBNISRECHNUNG

1. Umsatzerlöse und Erträge aus Verwaltungstätigkeit, davon Umsatzerlöse und ähnliche Erlöse aus Drittmittelprojekten sowie aus Technologie- und Wissenstransfer
2. Erhöhung oder Verminderung des Bestandes an fertigen und unfertigen Erzeugnissen
3. andere aktivierte Eigenleistungen
4. sonstige betriebliche Erträge

Betriebsertrag

5. Materialaufwand
 - a) Aufwendungen für Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe und für bezogene Waren
 - b) Aufwendungen für bezogene Leistungen
6. Personalaufwand
 - a) Löhne, Gehälter und Bezüge
 - b) soziale Abgaben und Aufwendungen für Altersversorgung und Unterstützung, davon für Altersversorgung
7. Abschreibungen
 - a) auf immaterielle Vermögensgegenstände des Anlagevermögens und Sachanlagen sowie auf aktivierte Aufwendungen für die Ingangsetzung und Erweiterung des Geschäftsbetriebes, davon auf Infrastrukturvermögen.
 - b) auf Vermögensgegenstände des Umlaufvermögens

8. sonstige betriebliche Aufwendungen

Betriebsaufwand

Eigenergebnis (I)

9. Erträge aus Beteiligungen und anderen Wertpapieren und Ausleihungen des Finanzanlagevermögens
10. sonstige Zinsen und ähnliche Erträge

Finanzertrag

11. Abschreibungen auf Finanzanlagen und Wertpapiere des Umlaufvermögens und Verluste aus entsprechenden Abgängen
12. Zinsen und ähnliche Aufwendungen

Finanzaufwand

Finanzergebnis (II)

Ergebnis der eigenwirtschaftlichen Betriebstätigkeit (Summe I + II)

13. außerordentliche Erträge,
davon Erträge aus Verlustübernahme

14. außerordentliche Aufwendungen,
davon Aufwendungen aus Gewinnabführung
außerordentliches Ergebnis

15. Erträge aus Steuern und steuerähnliche Erträge

16. Steuern von Einkommen und Ertrag und sonstige Steuern
Steuerergebnis

17. Erträge aus Transferleistungen

18. Erträge aus Zuwendungen, Zuschüsse für Investitionen und besondere
Finanzeinnahmen

19. Aufwendungen aus Transferleistungen

20. Aufwendungen für Zuwendungen und Zuschüsse für Investitionen und besondere
Finanzausgaben
Transferergebnis

21. Jahresüberschuß/Jahresfehlbetrag

15 Ministerium für Wissenschaft und Kunst
Anlage .. (Anlage zu Kap. ...)

Wirtschaftsplan 2002
- Entwurf -
LEISTUNGSPLAN ¹⁾

	Plan 2002	Plan 2001	Ist 2000
1 Leistungen			
1.1 Studienanfänger im 1. Hochschul-Semester			
1.2 Studierende in der Regelstudienzeit			
1.3 Studienabschlüsse (Absolventen)			
1.4 Promotionen			
1.4 .1 Promotionen von Frauen			
1.4 .2 Promotionen von Männern			
1.5 Habilitationen			
1.5 .1 Habilitationen von Frauen			
1.5 .2 Habilitationen von Männern			
1.6 Drittmittel (in €)			
1.6 .1 öffentliche			
1.6 .2 private			
2 Finanzwirtschaftliches Ergebnis ²⁾	Plan 2002	Plan 2001	Vorl. Ist 2000
2.1 <u>Eigenerlöse</u>	€	€	€
2.2 - Einzelkosten			
2.2.1 Personalkosten			
2.2.2 Sachkosten			
2.2.3 Abschreibungen			
2.2.4 kalkulatorische Kosten			
2.2.5 interne Leistungsverrechnungskosten			
2.3 = Deckungsbeitrag I			
2.4 - Gemeinkosten			
2.5 = Deckungsbeitrag II			
2.6 + Erlös aus Leistungsabgeltung			
2.7 = Deckungsbeitrag III			
3 Kennzahlen ³⁾	Plan 2002	Plan 2001	Vorl. Ist 2000
3.1 <u>Studiengang</u>	€	€	€
3.1.1 Erlöse			
3.1.2 Kosten			
3.1.3 Leistungsabgeltung			
3.2 <u>je Studierender i.d.Regelstudienzeit</u>			
3.2.1 Erlöse			
3.2.2 Kosten			
3.2.3 Leistungsabgeltung			
3.3 <u>je Studienabschluss</u>			
3.3.1 Erlöse			
3.3.2 Kosten			
3.3.3 Leistungsabgeltung			

¹⁾ Umfasst im Haushaltsjahr 2002 alle Studiengänge, später wird eine Aufteilung in Cluster erfolgen.

^{2) 3)} Angaben sind erst nach Einführung der Kosten- Leistungsrechnung leistbar.

Entwurf Erfolgsplan
für das Geschäftsjahr 2002

lfd.Nr.	Bezeichnung	Plan 2002 €	Plan 2001 €	Vorl. Ist 2000 €
1 ERTRÄGE				
1.1	Umsatzerlöse und Erträge aus Verwaltungstätigkeit *	0	0	0
1.2	Bestandsveränderungen/aktivierte Eigenleistungen (HKR 5211-5270)	-	-	-
1.3	Sonstige Erträge *	0	0	0
1.4	Erträge aus der Auflösung von Sonderposten und Verbindlichkeiten	-	-	-
1.5	Erträge aus Transferleistungen *	0	0	0
1.6	Erträge aus nicht rückzahlbaren Zuwendungen, Zuschüssen für Investitionen und besonderen Finanzeinnahmen *	0	0	0
Zusammen		0	0	0
2 AUFWENDUNGEN				
2.1	Materialaufwand *	0	0	0
2.2	Aufwendungen für bezogene Leistungen *	0	0	0
2.3	Personalaufwand *	0	0	0
2.4	Abschreibungen (HKR 6500-6590, 7100,7120 u. 7190)	-	-	-
2.5	Sonstige Aufwendungen *	0	0	0
2.6	Aufwendungen aus der Zuführung zu Sonderposten und Verbindlichkeiten (HKR 6974,6975)	-	-	-
Zusammen		0	0	0
3 BUDGETÜBERSCHUSS/-VERLUST		-	-	-

* Vgl. Erläuterungen zum Erfolgsplan

**Erläuterungen zum
Erfolgsplan**
für das Geschäftsjahr 2002

lfd. Nr.	Bezeichnung	Plan 2002 €	Plan 2001 €	Vorl. Ist 2000 €
1 ERTRÄGE				
1.1	Umsatzerlöse und Erträge aus Verwaltungstätigkeit			
1.1.1	Umsatzerlöse und ähnliche Erlöse aus Drittmittelprojekten (HKR 5001)			
1.1.2	Sonstige Umsatzerlöse (HKR 5002-5060)			
1.1.3	Kostenersätze und Erstattungen (HKR 5071-5089)			
1.1.4	Gebühren und Leistungsentgelte aus Verwaltungstätigkeit (HKR 5101-5109)			
1.1.5	Sonstige Erträge (HKR 5110-5190)	0	0	0
1.3	Sonstige Erträge			
1.3.1	Sonstige betriebliche Erträge (HKR 5301-5390)			
1.3.2	Erträge aus Beteiligungen und anderen Wertpapieren und Ausleihungen des Finanzanlagevermögens (HKR 5400-5480)	-	-	-
1.3.3	Sonstige Zinsen und ähnliche Erträge (HKR 5500-5590)	-	-	-
1.3.4	Außerordentliche Erträge und Erträge aus Verlustübernahme (HKR 5611-5650)	-	-	-
1.3.5	Steuern und steuerähnliche Erträge (HKR 57)	-	-	-
		0	0	0
1.5	Erträge aus Transferleistungen			
1.5.1	Erträge aus Produktabgeltungen (HRK 5801-5809)	-	-	-
1.5.2	Sonstige Erträge (HKR 5810-5820)	0	0	0
1.6	Erträge aus nicht rückzahlbaren Zuwendungen, Zuschüssen für Investitionen und besonderen Finanzeinnahmen			
1.6.1	Finanzzuweisungen des Bundes (HKR 5912)	-	-	-
1.6.2	Sonstige Finanzzuweisungen (HKR 5919)	-	-	-
1.6.3	Erträge aus nicht rückzahlbaren Zuweisungen für Investitionen (HKR 5952-5970)	-	-	-
		0	0	0
2 AUFWENDUNGEN				
2.1	Materialaufwand (Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe, bezogene Waren)			
2.1.1	Aufwendungen für Energie und Wasser (HKR 6050)			
2.1.2	Sonstige Aufwendungen (HKR 6000-6040, 6060-6080)	0	0	0

lfd. Nr.	Bezeichnung	Plan 2002 €	Plan 2001 €	Vorl. Ist 2000 €
2.2	Aufwendungen für bezogene Leistungen			
2.2.1	Aufwendungen für Fremdinstandhaltung (HKR 6160)			
2.2.2	Sonstige Aufwendungen (HKR 6102-6150, 6171-6179)			
		0	0	0
Zu 2.2.1:				
	Veranschlagt für Bauunterhaltung:			0
	Berechnung der Pauschale für Bauunterhaltung:			
	Landeseigene Gebäude:			
	... Dienstgebäude mit			
	... Dienst- und Mietwohnungen			
	.. Parkhäusern mit ... Einstellplätzen			
	... Dem Studentenwerk überlassene Wohnheime			
	Friedensneubauwert 19 13 in Mark			
	der in den letzten zehn Jahren fertiggestellten			0
	Gebäude			
	aller anderen Gebäude			0
	der Außenanlagen			0
	Gemietete oder gepachtete Gebäude und Räume			0
	Laufende bauliche Unterhaltung (Pauschbetrag)			0
	Die Pauschale ist nicht in voller Höhe bereitgestellt.			
2.3	Personalaufwand			
2.3.1	Löhne (HKR 6200-6290)			
2.3.2	Gehälter (HKR 6300-6361)			
2.3.3	Bezüge (HKR 6370-6389)			
2.3.4	Sonstige Aufwendungen mit Gehalts- oder Bezügecharakter (HKR 6390-6395)			
2.3.5	Soziale Abgaben und Aufwendungen für Alters- versorgung und Unterstützung (HKR 6400-6495)			
2.3.6	Sonstige Personalaufwendungen (HKR 6601-6690)			
		0	0	0
Zu 2.3.1 bis 2.3.3:	Davon gesperrt für Tarifierhöhungen:			
Zu 2.3.5:	Enthalten ist die abzuführende Versorgungsrücklage für Besoldungsempfänger.			
2.5	Sonstige Aufwendungen			
2.5.1	Sonstige betriebliche Aufwendungen (HKR 6700-6971, 6980-6990)			
2.5.2	Steuern (HKR 7020-7090, HKR 74)			
2.5.3	Zinsen und ähnliche Aufwendungen (HKR 7200-7290)			
2.5.4	Außerordentlicher und ähnlicher Aufwand und Aufwand aus Gewinnabführungsverträgen (HKR 7150-7180, 7310)			
2.5.5	Aufwand aus Transferleistungen (HKR 7801-7820)			

lfd. Nr.	Bezeichnung	Plan 2002 €	Plan 2001 €	Vorl. Ist 2000 €
2.5.6	Aufwendungen für Zuwendungen und Zuschüsse für Investitionen und besondere Finanzausgaben (HKR 7910-7990)			
		0	0	0

Zu 2.5.1: Enthalten sind€ Verfügungsmittel.

15 Ministerium für Wissenschaft und Kunst
Anlage .. (Anlage zu Kap. 15 ..)

Entwurf Finanzplan
für das Geschäftsjahr 2002

lfd. Nr.	Bezeichnung	Plan 2002 €	Plan 2001 €	Vorl. Ist 2000 €
1 MITTELHERKUNFT				
1.1	Fremde Mittel			
1.1.1	Fördermittel nach dem HBFG			
1.1.2	Zuwendungen und Zuschüsse der öffentlichen Hand zu Investitionsvorhaben (ohne Land)			
1.1.3	Zuweisungen des Landes zu Investitionsvorhaben			
1.1.4	Andere Fremdmittel für Investitionsvorhaben	-	-	-
1.1.5	Sonstige Fremdmittel	-	-	-
1.2	Eigene Mittel			
1.2.1	Budgetvortrag aus Vorjahren			
1.2.1.1	frei verwendbar	-	-	-
1.2.1.2	für Investitionen	-	-	-
1.2.2	Budgetüberschuss	-	-	-
1.2.3	Abschreibungen	-	-	-
1.2.4	Bildung von Pensionsrückstellungen	-	-	-
1.2.5	Abbau von Pensionsforderungen	-	-	-
1.2.6	Sonstige Eigenmittel	-	-	-
1.3	Deckungsmittel zusammen	0	0	0
2 MITTELVERWENDUNG				
2.1	Mehrungen des Anlagevermögens			
2.1.1	Grundstücke und grundstücksgleiche Rechte mit Betriebsbauten			
2.1.2	Grundstücke und grundstücksgleiche Rechte mit Wohnbauten			
2.1.3	Technische Anlagen			
2.1.4	Einrichtungen und Ausstattungen			
2.1.5	Anzahlungen auf Anlagen			
2.1.6	Andere Mehrungen des Anlagevermögens			
2.2	Sonstige Verwendungszwecke			
2.2.1	Rückzahlung rückzahlbarer Zuführungen	-	-	-
2.2.2	Auflösung von Sonderposten aufgrund von Zuwendungen und Zuschüssen nach 1.1.2, 1.1.4 und 1.1.5 in Höhe der darauf entfallenden Abschreibungen	-	-	-
2.2.3	Ergebnisabführung	-	-	-
2.2.4	Aufbau von Pensionsforderungen	-	-	-
2.2.5	Auflösung von Pensionsrückstellungen	-	-	-
2.2.6	Sonstige Verwendungen	-	-	-
2.2.7	Budgetvortrag			
2.2.7.1	frei verwendbar	-	-	-
2.2.7.2	für Investitionen	-	-	-
2.3	Mittelverwendung zusammen	0	0	0